

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Friedenssicherung durch Rüstung?

16. September 2025

„Übermäßige Militärausgaben garantieren keinen Frieden. Oft untergraben sie ihn sogar, indem sie Wettrüsten anheizen, Misstrauen vertiefen und Ressourcen von den Bereichen abziehen, die die wahren Grundlagen der Stabilität sind.“

– UNO-Generalsekretär Antonio Guterres

Ein aktueller UN-Bericht warnt: Die weltweit steigenden Militärausgaben bergen langfristige Risiken für die Menschheit. Das Geld sei anderswo deutlich besser, nachhaltiger und friedenssichernder investiert: Beispielsweise würden weniger als 4 % der Militärausgaben des Jahres 2024 bereits ausreichen, um den weltweiten Hunger bis 2030 zu beenden. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: mit Investitionen in Bildung können deutlich mehr Arbeitsplätze geschaffen und gleichzeitig wesentlich geringere CO₂-Emissionen verursacht werden, als durch Militärausgaben. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Warum halten wir an einem Verteidigungsparadigma fest, das Frieden nicht sichert? Wie kann der Fokus von militärischer Stärke auf nachhaltige, zivile Friedensstrategien verlagert werden?

Im Vorfeld des Weltfriedenstag am 21. September lädt *Diskurs. Das Wissenschaftsnetz* zu einem Mediengespräch ein, das Perspektiven der Friedensforschung als fundierte Alternativen zur aktuellen Rüstungspolitik in den Fokus stellt. Neben der Analyse aktueller Konflikte steht auch die Rolle der EU im Zentrum – und die Frage, inwieweit sie ihrem ursprünglichen Selbstverständnis als Friedensinitiative noch gerecht wird.

Inputs:

[Dieter Segert](#) (Uni Wien): „Friedensperspektiven in der Ukraine: Mut zu umfassender Beseitigung von Konfliktursachen!“

[Julia Sachseder](#) (Uni Wien): „Feministische Perspektiven auf Militarisierung im Friedensprojekt der EU“

[Maximilian Lakitsch](#) (Uni Graz): „Der Gaza-Krieg und das Spannungsverhältnis zwischen Friedenspolitik und Militarismus“

Moderation: Sophie Menasse (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

Abstracts der Inputs

Dieter Segert

Friedensperspektiven in der Ukraine: Mut zu umfassender Beseitigung von Konfliktursachen!

Der Ukraine-Krieg wird durch Verhandlungen beendet werden. Damit es ein nachhaltiger Frieden wird, müssen Kriegsursachen verschiedener Ordnung und historischer Tiefe beseitigt werden. Es geht nicht allein um die Frage, warum Russland den Krieg angefangen hat, also die unmittelbaren Kriegsursachen. Es ist auch wichtig zu verstehen, was die Ursachen dafür waren, warum die seit den 1970er Jahren errichteten Fundamente einer Ordnung gemeinsamer Sicherheit in den Jahren seit der Jahrtausendwende brüchig geworden und weitgehend zerbrochen sind.

Eine zentrale Frage für ein Kriegsende ist die Schaffung von Bedingungen, die einen erneuten Ausbruch von militärischen Aktionen verhindern. Allgemein wird über Sicherheitsgarantien gesprochen. Die haben verschiedene Komponenten, militärische und nichtmilitärische. Sicherheitsgarantien sind für beide Seiten nötig, weil beide Seiten gerechtfertigte Sicherheitsinteressen haben.

Sicherheit kann nicht allein durch militärische Abschreckung erreicht werden. Im Atomzeitalter geht das nicht. Sie bedarf auch der Schaffung eines Vertrauens bei beiden Seiten darauf, dass die andere Seite nicht jede militärische Schwäche ausnutzt, um anzugreifen. Vertrauensbildende Maßnahmen schließen die Einrichtung von dauerhaften Gesprächskanälen zwischen den militärischen wie politischen Führungen ein. Gegenseitige Information über Manöver und die Möglichkeit der Entsendung von Beobachtern gehören dazu. Aber auch schon die Verhandlungen über vertragliche Vereinbarungen sind Teil der erforderlichen Vertrauensbildung.

Gemeinsame Sicherheit erfordert auch vertraglich vereinbarte Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung. Im Februar 2026 läuft der letzte Rüstungsbegrenzungsvertrag aus.

Wichtig für einen stabilen Frieden ist die Heilung von Kriegsfolgen. Dazu gehört mehr als die Beseitigung der materiellen Zerstörungen. Die Aussöhnung zwischen den kriegführenden Staaten ist zwar nur langfristig möglich, muss aber nach dem Schweigen der Waffen sofort begonnen werden. Das gilt in besonderem Maße für die ukrainische und russische Gesellschaft, weil es eine große Dichte verwandtschaftlicher Beziehungen gibt, die noch aus den intensiven Migrationen in der sowjetischen Zeit resultieren. Genauso müssen radikal-nationalistische Fixierungen in beiden

Gesellschaften überwunden werden. Sie stellen eine Gefahr für den Frieden und für die Frieden schaffenden Akteure in beiden Gesellschaften dar.

Versöhnung ist aber auch zwischen den Gesellschaften des Westens und Russlands nötig. Die in den letzten Jahren vorangetriebenen Feindbildprojektionen behindern diesen Prozess und müssen bewusst, über Medienpolitik und politische Bildungsarbeit, aufgearbeitet und überwunden werden. Sachliche wissenschaftliche Analysen können dabei helfen. Die jeweilig andere Gesellschaft sollte wieder differenzierter beschrieben werden. Aber auch alltägliche Begegnungen müssen dafür wiederaufgenommen werden. Das gilt für den Tourismus, wissenschaftliche Kontakte, Jugendaustausch, die alle mit Beginn des Krieges unterbrochen wurden.

Helfen könnten auch gemeinsame wirtschaftliche und ökologische Unternehmungen zwischen dem Westen und Russland. Handel bringt nicht unmittelbar politischen Wandel, aber er sichert doch eine größere Stabilität in den Beziehungen. Eine gemeinsame Inangriffnahme von Projekten in Russland zur Überwindung ökologischer Probleme in den russischen Permafrost-Gebieten wäre nicht nur für Russland von Bedeutung, da die Auswirkungen des Auftauens uns alle betreffen.

Julia Sachseder

Feministische Perspektiven auf Militarisierung im Friedensprojekt der EU

Die EU versteht sich als historisches Friedensprojekt. Zugleich zeigt sich ein Spannungsverhältnis zwischen diesem Selbstbild und der Außenpraxis – sichtbar an militarisierten Grenzen, Gewalt gegen Migrant:innen und massiven Investitionen in Rüstung und Infrastruktur.

Dieser Vortrag untersucht die Europäische Union als historisch gewachsenes Friedensprojekt und kontrastiert ihre innere Befriedungsleistung mit einer zunehmenden Externalisierung und Militarisierung der Sicherheitspolitik. Während wirtschaftliche Verflechtung und politische Kooperation nach 1945 Krieg zwischen Mitgliedstaaten verhinderten und Demokratisierung förderten, verschiebt sich der Fokus seit Jahren hin zu Aufrüstung, Grenzregimen und exekutivem Krisenmanagement. Aus einer feministischen Perspektive werden diese Prozesse mit Blick auf Geschlechternormen und Gewaltverhältnisse analysiert. Dabei wird ein erweiterter Sicherheitsbegriff eingeführt und kritisch diskutiert, der menschliche Sicherheit, Geschlechtergerechtigkeit sowie soziale und ökologische Dimensionen ins Zentrum rückt. Eine feministische Perspektive auf Außen- und Sicherheitspolitik bietet hierfür analytische und normative Leitplanken, die Pfade eröffnen kann, die europäische Friedensordnung jenseits militärischer Stärke neu zu denken und Gewaltproduktionsketten an den Rändern der EU zu durchbrechen.

Maximilian Lakitsch

Der Gaza-Krieg und das Spannungsverhältnis zwischen Friedenspolitik und Militarismus

Der Gaza-Krieg emotionalisiert sehr stark – sowohl Beteiligte als auch Unbeteiligte. Die Empörung richtet sich einerseits gegen das militärische Vorgehen Israels und andererseits gegen die hohe Anzahl menschlicher Opfer, darunter viele Kinder. Gleichzeitig wird die Empörung über die Empörung zum Ausdruck gebracht und ein souveränes Recht auf Selbstverteidigung bekräftigt, das in jedem Fall sehr offensiv und präventiv ausgelegt ist. Diese Debatte findet in einer stark ideologisch aufgeladenen Stimmung in der internationalen Öffentlichkeit statt, in der viele andere Themen mitschwingen, darunter Antisemitismus, Eurozentrismus sowie Post- und Dekolonialität.

In jedem Fall ist das israelische Vorgehen vor dem Hintergrund eines gewissen militaristischen Trends zu betrachten, der vor allem seit der Invasion der Ukraine durch Russland fast in hysterischer Weise dominiert. Der Anschlag der Hamas am 7. Oktober 2023, bei dem mehr als 1.200 Menschen ermordet wurden, hat die israelische Sicherheitsdoktrin von einer tendenziell präventiven zu einer überzeugten präventiven und umfassenden gemacht. Die israelische Regierung ist nicht mehr gewillt, potenzielle Bedrohungen in der Region zu tolerieren, und hat seither – teilweise gleichzeitig – Militärschläge und längere militärische Operationen im Iran, in Syrien oder im Jemen durchgeführt. Die längste und intensivste davon in Gaza. Das heißt, man reagiert auf Sicherheitsbedrohungen mit militärischen Mitteln.

Eine ähnliche militärische Strategie wird seit Beginn des Russland-Ukraine-Kriegs ebenfalls forciert. Das Argument ist ein ähnliches: Die Gegenüber seien nicht vertrauensvoll und die einzige Sprache, die sie verstünden, sei die Sprache der Gewalt. Somit werden militärische Strategien als notwendiges Mittel zur Verteidigung von Freiheit und Sicherheit dargestellt. Die Charta der Vereinten Nationen erlaubt militärische Maßnahmen in Ausnahmefällen, etwa zur Selbstverteidigung oder zur Durchsetzung der internationalen Sicherheit (Artikel 42). Dennoch zeigt die Geschichte, dass militärische Interventionen häufig nicht zu nachhaltigem Frieden führen. Beispiele wie die Kriege in Vietnam, Afghanistan oder im Irak zeigen, dass Gewalt oft neue Konflikte schafft, anstatt bestehende zu lösen. Dies wurde durch die Abriegelung des Gazastreifens durch Israel und Ägypten im Jahr 2007 und die anschließenden Invasionen deutlich, die den Krieg von heute vorbereitet haben.

Dieser Militarismus basiert auf dem idealistischen Glauben, Ordnung durch Gewalt durchsetzen zu können, was jedoch in der Praxis selten erfolgreich ist. Zudem führt die Abhängigkeit von militärischen Mitteln oft zu einer Verlängerung von Konflikten, ohne dass strategische Fortschritte erzielt werden, wie im Fall des Ukraine-Kriegs.

Dem steht eine Friedenspolitik gegenüber. Man muss diese klar von einem maximalen Pazifismus unterscheiden, der jegliche Gewalt ablehnt. Eine Friedenspolitik entspricht eher einem pragmatischen Pazifismus, der gewaltfreie Mittel als effektiver und nachhaltiger ansieht, aber durchaus Gewalt zu Mitteln der Selbstverteidigung vorsieht. Der maximale Pazifismus wird kritisiert, da er in akuten Bedrohungssituationen keine Handlungsoptionen bietet. Ein pragmatischer Pazifismus hingegen erkennt die Komplexität der Welt an und setzt auf konsensorientierte, gewaltfreie Strategien, die langfristig stabilere Ergebnisse liefern.

Eine Friedenspolitik lehnt Gewalt als Mittel der Konfliktlösung ab und setzt stattdessen auf gewaltfreie Alternativen wie Diplomatie, Dialog und internationale Kooperation. Die moderne Weltordnung, insbesondere die Gründung der Vereinten Nationen, ist pazifistisch

geprägt. So betont beispielsweise Artikel 1 der UN-Charta die Wahrung des Weltfriedens durch friedliche Mittel und Gerechtigkeit. Dennoch wird diese pazifistische Grundlage durch die geopolitischen Interessen der Mitgliedsstaaten, insbesondere der Vetomächte im UN-Sicherheitsrat, häufig untergraben.

Militärisches Vorgehen und Friedenspolitik stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander. Während der Militarismus auf schnelle, oft gewaltsame Lösungen setzt, zielt die Friedenspolitik auf langfristige, strukturelle Veränderungen ab. Militärische Interventionen beruhen jedoch oft auf einem Missverständnis: Sie gehen davon aus, dass Gewalt automatisch zu einer geordneten Welt führt. Tatsächlich schafft Gewalt jedoch oft neue Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten. Die Friedenspolitik bietet im Gegensatz dazu eine realistischere Perspektive, die die unordentliche und komplexe Natur der Welt anerkennt und auf Kooperation und Dialog setzt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Militarismus die naivere Position ist. Eine Friedenspolitik hingegen, die auf pragmatischen und konsensualen Ansätzen basiert, ist dem Militarismus überlegen, da sie nachhaltigere und gerechtere Lösungen ermöglicht. Das gilt ohne Abstriche auch für Gaza.

Über die Expert*innen

[Dieter Segert](#) wuchs in der DDR auf und studierte Philosophie in Berlin und Moskau. Er hatte Professuren an der Humboldt Universität (vor und nach 1990), an der Karls-Universität Prag, der University of Bath und der Universität Wien (2005-2017). 2024 veröffentlichte er als Mitherausgeber neben Peter Brandt und Gert Weisskirchen das Buch „Doppelter Geschichtsbruch. Der Wandel in Osteuropa nach der Helsinki-Konferenz 1975 und die Zukunft der europäischen Sicherheit“ im Dietz-Verlag Bonn. Email: dieter.segert@univie.ac.at

[Julia Sachseder](#) ist Principal Investigator des ClimPeace-Projekts und tätig am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien sowie als Gastprofessorin am Department of Gender Studies der Central European University. Ihre Forschung untersucht die Schnittstellen von Politischer Ökonomie und Kolonialität bei der Entstehung und Transformation von politischer, ökologischer und grenzpolitischer Gewalt. Zudem befasst sie sich mit der Rolle staatlicher, privater und unternehmerischer Akteure in Friedens- und Konfliktkontexten. Email: julia.sachseder@univie.ac.at

[Maximilian Lakitsch](#) ist Senior Scientist am Fachbereich Global Governance des Instituts für Rechtswissenschaftliche Grundlagen an der Universität Graz. Davor hat er bei entwicklungspolitischen sowie wissenschaftlichen NGOs in Österreich und Beirut gearbeitet und war zuletzt wissenschaftlicher Mitarbeiter am Austrian Centre for Peace an der Burg Schlaining. Er forscht und lehrt im Bereich Friedensforschung und Internationale Beziehungen. Sein Schwerpunkt liegt auf kritischen Perspektiven zu internationalen Friedensinterventionen sowie dem Mitdenken von Umwelt- und Klimaaspekten in der Friedenspraxis. Seine Regionalschwerpunkte sind der Nahe Osten und Nordafrika, im Besonderen Syrien, Libanon und Israel-Palästina. Email: maximilian.lakitsch@uni-graz.at

Kontakt für Rückfragen

Sophie Menasse

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 677 614 622 33

E: menasse@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Cosima Danzl

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 660 721 83 75

E: danzl@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>